

Eingangs ging Frau Silber-Bonz auf den Hintergrund und die Entstehungsgeschichte der Vorlage ein, und übergab das Wort dann an die Mitglieder der Arbeitsgruppe Herrn Kernbach und Herrn Kourkoulos.

Herr Kernbach stellte seinerseits ausführlich die Vorteile des beispielhaften und preisgekrönten Partizipationsprojekts „Laut“ der Stadt Nürnberg vor. Inhaltlich wird auf die von Herrn Kernbach erstellte, und dieser Niederschrift als Anlage (Anlage 1) beigefügte, Arbeitsvorlage verwiesen. Für die weitere Entwicklung sei wichtig sich von altbekannten Wegen der Partizipation zu lösen, und offen für die Beschreitung neuer Wege und auch das Experimentieren zu sein. Die im Partizipationsmodell beschriebenen Möglichkeiten seien erste Lösungsansätze und Beispiele für eine Herangehensweise die das Interesse der Jugendlichen wecken könnten, was erste und unabdingbare Voraussetzung für eine erfolgreiche Partizipation sei.

Herr Kourkoulos stellte heraus, dass es in keinem Fall darum ginge die Partizipation von Kindern und Jugendlichen aufzugeben, sondern vielmehr sei es Ziel, die Formen der Partizipation zu verändern und anzupassen.

Die Partizipationsmodelle müssen an die heutigen Lebensrealitäten in Bezug auf beispielsweise Schule und Freizeit angepasst werden. Das nicht genügend Interesse am Mitwirken in der altbekannten Gremienarbeit bestand, bedeute nicht das Partizipation grundsätzlich nicht mehr gewünscht werde, sondern der Rahmen in dem die Partizipation erfolgen kann müsse neu gesetzt werden. Hierbei sei vor allem darauf hinzuwirken, dass Ideen und Entscheidungen auch tatsächlich zeitnah umgesetzt werden.

Herr Schell dankte der Arbeitsgruppe für Ihre Arbeit und für die ergänzenden Ausführungen. Insbesondere sei es wichtig bei der künftigen Arbeit zu beachten, dass Dauerhaftigkeit und Verbindlichkeit sowie eine Verpflichtung über einen für die Kinder und Jugendlichen langen Zeitraum wohl nicht gewünscht sei.

Weiterhin regte er an, auch technische Möglichkeiten wie die Gründung einer „Facebook-Gruppe“ oder „RSS-Feed“ zu nutzen.

Auch Frau Schulenburg sprach der Arbeitsgruppe ihren Dank aus. Sie gab jedoch zu bedenken, dass es von Vorteil gewesen wäre, in diese auch jüngere Personen, wie beispielsweise die Mitglieder des ersten Jugendstadtrates, mit einzubeziehen. Da dieser gut funktioniert habe, sei es eine unglückliche Situation dauerhaft mehr keinen solchen zu haben.

Weiterhin regte Frau Schulenburg an, die Fachberaterin des Landesjugendamtes in Sachen Partizipation, Frau Martina Leshwange, zur nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzuladen.

Herr Knülle lobte die gute Arbeit der Arbeitsgruppe und stimmte der Anregung von Frau Schulenburg zu, Frau Leshwange, möglicherweise auch für die Sitzung des Unterausschusses, einzuladen. Ferner gab Herr Knülle zu Bedenken, dass die Einbindung der Schülervvertretung kreisübergreifend sinnvoll sein könne, und dass die Nutzung der technischen Möglichkeiten mit den entsprechenden Ressourcen und dem nötigen „know-how“ umgesetzt werden müsse.

Seitens Herrn Misch wurden herausgestellt, dass auch die Belastungen die die Kinder und Jugendlichen in ihrem Alltag zu bewältigen haben Berücksichtigung finden müssen. Bei der Entwicklung neuer Partizipationsformen müsse der Nutzen für die Kinder und Jugendlichen selbst im Mittelpunkt stehen, was nur durch echte Mitbestimmung und die Bereitstellung finanzieller Mittel zu erreichen sei.

Frau Friedhofen schlug vor, künftig auch Schülervvertretungen zu den Sitzungen einzuladen, um die betroffenen Personen unmittelbar in die Entscheidungsprozesse und Gestaltungen mit einbeziehen zu können.

Herr Lübken sagte zu, dass der Gedanke Frau Leshwange zu einer der nächsten Sitzungen des Unterausschusses oder des Jugendhilfeausschusses einzuladen konstruktiv aufgenommen und verfolgt werde. Des Weiteren stellte er klar, dass nicht vorweg der Jugendstadtrat als weiterhin bestehende Institution ausgeschlossen sei. Vielmehr sei auch diese Form der Partizipation weiterhin Bestandteil der Diskussionen, und auch Mischformen aus verschiedenen Bestandteilen der neuen vorgestellten Ideen und des Jugendstadtrates seien nicht ausgeschlossen.

Die Vorsitzende fasste zusammen das der Vorschlag der Einladung der zuständigen Fachberaterin des Landesjugendamtes an die Verwaltung weitergeben sei, und dass die verstärkte Beteiligung der Kinder und Jugendlichen selbst im weiteren Verlauf beabsichtigt werde. Sodann leitete sie zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag über.